

Was muß heute getan werden, damit von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht?

Wie soll das künftige einige Deutschland aussehen, soll es ein Deutschland der Herrschaft der Monopole sein, oder soll das Volk seine Geschicke selbst bestimmen?

Der Parteivorstand der SPD erklärt, „unser Volk will wissen, was getan werden kann, damit die Kluft, die Deutschland trennt, wenigstens allmählich überwunden wird“. Wir haben unsere Vorschläge dazu unterbreitet und fragen die Mitglieder, Funktionäre und Anhänger der SPD:

*Seid Ihr bereit*, dafür einzutreten, daß beide deutsche Staaten auf jegliche Mitverfügung über Atomwaffen verzichten?

*Seid Ihr bereit*, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, daß mit konkreten Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland begonnen wird?

*Seid Ihr bereit*, dafür einzutreten, daß die Bundesrepublik mit allen europäischen Völkern in Frieden und guter Nachbarschaft lebt und die bestehenden Grenzen anerkennt?

*Seid Ihr bereit*, kalten Krieg und Feindschaft abbauen zu helfen, den Realitäten in Deutschland Rechnung zu tragen und Euch dafür einzusetzen, daß durch gleichberechtigte Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten die Entspannung gefördert und der Weg für eine spätere Wiedervereinigung geöffnet wird?

Sicher braucht eine Verständigung zwischen unseren Parteien ihre Zeit. Aber schließlich - so meinen wir - kann nur durch eine positive Antwort auf diese Fragen der Weg gefunden werden, um das Leben der Menschen in beiden deutschen Staaten zu erleichtern, ja, überhaupt zu sichern.

Wenn der Parteivorstand der SPD die Grundfragen bisher umgeht, so nehmen wir an, daß er sich vor dem SPD-Parteitag Anfang Juni und den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli nicht festlegen will. Offenbar besteht die Absicht, diese Fragen auf dem Parteitag zu behandeln und den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen zu nutzen, ein sozialdemokratisches Alternativprogramm zur regierenden CDU zu verkünden.

Wir sehen sehr wohl, daß die CDU alle ihre Machtmittel, die Konzernpresse, Rundfunk und Fernsehen einsetzt, um die Diskussion zwischen unseren beiden Parteien zu verschärfen oder gar unmöglich zu machen. Offensichtlich soll der Meinungs Austausch zwischen SED und